

Blickpunkte

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **65 (1985)**

Heft 11

PDF erstellt am: **19.09.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Das Parlament im Prokrustesbett

Die Herbstsession der eidgenössischen Räte hat dieses Jahr ausserordentlich gute Noten erhalten – jedenfalls was die Speditivität in der Abwicklung der Geschäfte und die Disziplin der Debatten betrifft. Präsident Arnold Koller hatte mit Witz und Charme für ein Klima gesorgt, das fast vergessen liess, dass Rekordtempo und straffe Zeitplanung auch eine Kehrseite haben, die nicht nur positiv ist. Sie berührt ein Kernproblem des Parlamentarismus, das wohl nie abschliessend gelöst werden wird: den Zielkonflikt nämlich zwischen dem parlamentarischen «Grundrecht» der Redefreiheit und dem Zwang, sie im Interesse einer sachlichen und speditiven Entscheidungsbildung vernünftig zu zügeln und damit den Abstieg des Parlaments zur blossen «Schwatzbude der Nation» zu verhindern.

Die Plenarsitzungen vor allem des Nationalrats gaben schon immer ein etwas problematisches Bild ab: über weite Strecken schlechte Präsenz, zeitungslisende Volksvertreter während der Debatten sowie ein fast permanent hoher Lärmpegel. Dazu kommt die an sich natürliche Tendenz, bei Traktanden von öffentlicher Brisanz die Rednerlisten ins fast Endlose anwachsen zu lassen. Dieses Übel sucht das Ratsbüro schon seit einiger Zeit damit einzudämmen, dass die Redezeit jeweils generell für ganze Sessionen auf fünf Minuten begrenzt wird. Und neuerdings ist es nun auch üblich geworden, sogenannte «organisierte Debatten»

durchzuführen, indem zum vornehin jeder Fraktion eine Gesamtredezeit zugeteilt wird, die dann intern auf Fraktionssprecher, Kommissionsmitglieder und weitere Redelustige verteilt werden muss.

So sehr eine Straffung der Debatten im Grundsatz zu begrüssen ist – diese Massnahmen führen nach allen bisherigen Erfahrungen zu einer Verarmung der politischen Substanz. Die Spannung im Saal beschränkt sich sozusagen auf die Frage: Hält sich der Redner an die Zeit, oder wird er «abgeläutet»? Fünf Minuten können für die Zuhörer sehr lang sein, wenn einer nichts zu sagen hat. Für die andern Redner sind sie oft eine Zumutung und führen meist dazu, dass das Votum peinlich genau vorbereitet wird, um möglichst viel hineinpresse zu können. Damit geht den Debatten auch noch der letzte Rest an Spontaneität verloren.

Das Prinzip der «organisierten Debatten» steigert diesen Effekt noch. Darüber hinaus ist das notwendigerweise üblich gewordene Seilziehen um Minuten innerhalb der Fraktionen im Grunde unwürdig und läuft dem Sinn des Parlaments zuwider. Das Problem wäre vielleicht weniger stossend, wenn die Fraktionsvorstände dabei das letzte Wort hätten. Doch nachdem schon bei der Zuteilung von Sitzen in ständigen Kommissionen das Prinzip der Anciennität als der Weisheit letzter Schluss gilt, kann man im Normalfall auch hier nicht erwarten, dass sich

die Vorstände dem Vorwurf aussetzen wollen, die Fraktionsmitglieder am rhetorischen Gängelband zu führen. Schliesslich ist der einzelne Parlamentarier von den Wählern seines Kantons auserkoren und soll schon deshalb grundsätzlich die Möglichkeit haben, sich im Plenum zu artikulieren, und zwar auch dann, wenn seine Ausführungen nicht nahtlos ins taktische Konzept seiner Fraktion passen.

Das System der «organisierten Debatten» hat im übrigen noch eine weitere Schwäche, gegen die es kein Rezept gibt: Wer einen Antrag stellt, hat reglementarisch das Recht, 15 Minuten zu sprechen. Davon machen vor allem «Kleinstfraktionen», die keine Vertretung in den Kommissionen haben, regelmässig Gebrauch. Der Misserfolg in der Abstimmung ist dabei zwar programmiert, die Präsenz in den Medien ist dafür um so mehr gesichert – vor allem dann, wenn der Redner besonders «unkonventionell», sprich ausfällig agiert. Dieser Vorgang ist von den Reglementen her legitim. Aber auch politisch muss man ihn akzeptieren. Auch die kleinen Gruppen und Einzelkämpfer haben schliesslich im Parlament das Recht auf öffentliches Gehör. Nur eben: Für die Angehörigen grosser Fraktionen, deren Redezeiten zwei, drei oder fünf Minuten betragen, wenn sie überhaupt ans Pult kommen, hat es schon etwas

Stossendes, die straffe Rededziplin auf diese Art dauernd unterlaufen zu sehen.

Kurz und gut: Das vielgerühmte Modell, das in der Herbstsession besonders konsequent durchexerziert worden ist, bedarf bei näherem Zusehen der Überprüfung. Das Prinzip der «organisierten Debatten» muss wohl modifiziert und vor allem auf wenige, besonders «marathonverdächtige» Geschäfte beschränkt werden. Dann wäre es wohl auch eher möglich und zumutbar, solche Debatten innerhalb der Fraktionen besser zu strukturieren. Im Klartext: Reden dürften oder müssten dann nur jene, die von der Funktion oder vom Sachwissen her für die Fraktion repräsentativ wären. Darüber hinaus wäre ein Teil der Fraktionsredezeit als taktische Manövriermasse in Reserve zu halten, um den Spielraum für Repliken und Dupliken sicherzustellen.

Im übrigen muss man sich wohl damit abfinden, dass der eingangs formulierte Zielkonflikt nun einmal zum Wesen des Parlaments gehört. Sein Name kommt von *parlare*, was im mittelalterlichen Latein «reden» bedeutete. Dies ist und bleibt nun einmal die Haupttätigkeit in den Plenarsitzungen der Parlamente. Das schleckt auch die berühmte Geiss nicht weg.

Richard Reich

Ideologisierte Wirtschaftspolitik?

Immer wieder wird in der wirtschaftspolitischen Diskussion das «böse» Wort von der *ideologisierten Argumentation* in die Waagschale gewor-

fen. Und wer dies tut, verwendet den Terminus «Ideologie» absichtsvoll in einem pejorativ gemeinten Sinne. Der Ideologe ist im Blickwinkel dieser Zeit-

genossen ein ungeliebter Geselle, ein inflexibler Mensch, dessen Standfestigkeit bis zur Sturheit neigt. Michael Kohlhaas lässt grüssen.

Aus dieser Diktion leitet sich die Frage ab, ob es denn überhaupt eine *ideologiefreie* Wirtschaftspolitik gibt. Dies kann tatsächlich dann der Fall sein, wenn es «nur» darum geht, ein bestimmtes Ziel, das unbestritten ist, mit der «besten» Mittelkombination zu erreichen. Was soll wirtschaftspolitisch unternommen werden, um die Inflation zu bekämpfen? Welche wirtschaftspolitischen Instrumente bieten sich an, wenn die Verbesserung der Innovationskraft einer Wirtschaft zur Debatte steht? Solche Fragen haben einen primär positivistischen Inhalt. Das Problem der Ziel-Mittel-Kombination dominiert im Lösungsansatz.

Neben positivistischen Fragen gibt es indessen auch solche mit einer betont *normativen* Einfärbung. Und sie dürften in den Niederungen der Wirtschaftspolitik weitaus in der Mehrzahl sein. Normative Postulate geben an, wie etwas *sein soll*. Sie haben deshalb notwendigerweise stets einen Wertbezug bzw. sind ideologisch magnetisiert. Ob eine freiheitliche Wirtschaftsordnung aufrechterhalten werden soll und welche Konsequenzen sich

daraus für die Wirtschaftspolitik ergeben, lässt sich letztlich nur auf dem Hintergrund eines Wertsystems oder einer Ideologie beurteilen. Ob die Produktionsfaktoren verstaatlicht werden sollen, ist eine Frage, die zwar die gesamtwirtschaftliche Effizienz tangiert (Wirkung auf den optimalen Einsatz der Produktionsfaktoren = positivistischer Ansatz), aber eben doch vor allem wertbezogen ist. Die Rechtfertigung einer kollektiven Eigentumsordnung an den Produktionsfaktoren erfolgte und erfolgt in Osteuropa weiter mit dem Rückgriff auf das marxistische Wertsystem.

Es könnte die These aufgestellt werden, dass auch die ideologiefreie Wirtschaftspolitik letztlich nicht um Werte herumkommt, weil sie sich immer nur auf eine bestimmte Wirtschaftsordnung beziehen kann; Wirtschaftsordnungen aber sind stets auch Wertordnungen. Insofern setzt eine positivistische Wirtschaftspolitik Wertentscheide voraus. In dieser erweiterten Sicht kann es überhaupt keine wert- oder ideologiefreie Wirtschaftspolitik geben. Und dies ist denn auch der Grund, weshalb eine wertfreie Wirtschaftspolitik in der Regel auch als eine *wertlose* Wirtschaftspolitik zu identifizieren ist.

Willy Linder

Mit der PLO verhandeln?

Einer der vier PLO-Agenten – nach Zeugenaussagen der jüngste – wurde auf der «Achille Lauro» von seinen Gefährten gezwungen, einen gelähmten, im Rollstuhl sitzenden Amerikaner zu erschiessen. Es wollte es nicht

tun und soll danach geweint haben. Wie immer bei Geiselnahmen haben sich Passagiere der missratenen Kreuzfahrt später günstig über die Zuvorkommenheit und Menschlichkeit der «Entführer» geäußert. Dieser Mord

war dem Kapitän bekannt, als er erklärte, dass es zu keinerlei Gewalttaten gekommen sei.

War dieser als fähig und kaltblütig geschilderte Kapitän in einer Lage, wie sie Melvilles Erzählung «Benito Cereno» schildert, in welcher der Kapitän nicht sagen kann, dass sein Schiff in der Gewalt der Piraten sei? Die italienische Regierung hat Fragen an den Kapitän.

Sicher ist, dass ägyptische Behörden von der Ermordung des Amerikaners wussten, als sie auf die Fiktion eingingen, dass nichts Gravierendes geschehen sei und daher die vier «Piraten», die offenbar anderes als das Kapern des Schiffes im Sinn gehabt hatten – nämlich eine Aktion im israelischen Hafen – freies Geleit erhalten konnten. Warum sie nicht sogleich ausgeflogen wurden, ist ebenfalls rätselhaft. Es mag zutreffen, dass Staatschef Mubarak das nicht gewusst hat und in gutem Glauben den Amerikanern mitteilte, dass die Vier schon ausgereist seien. Wurden sie etwa von ägyptischen Offizieren verhört?

Den Italienern war das «Geschenk» der Gefangennahme der Palästinenser, die ein Verbrechen auf italienischem Territorium begangen hatten, höchst unwillkommen. Die Mittelmeerstaaten Italien, Spanien, Griechenland legen grossen Wert auf gute Beziehungen mit der ganzen arabischen Welt. Nirgends ist Arafat so offiziell empfangen worden wie in Rom bei einer Tagung der Interparlamentarischen Union. Dass ein mit früheren terroristischen Aktivitäten verbundener Palästinenser, der unter anderen die Vier begleitete, von der italienischen Regierung – ohne den Verteidigungsminister Spadolini in Kenntnis zu

setzen – unter Decknamen nach Jugoslawien ausgeflogen wurde, konnte nicht überraschen.

Zwischen dem nationalen Stolz der diesmal einhelligen Amerikaner – nach soviel Demütigungen, besonders im Libanon, und auch Ermordungen – und dem Ärger über das Verhalten der italienischen, der ägyptischen und auch der jugoslawischen Regierung schien sich eine schwere diplomatische Krise zu entwickeln. Es ist erlaubt, vorauszusehen, dass sie zwischen den USA und Italien – einem zuverlässigen und wichtigen Verbündeten – beigelegt werden wird. Doch müssen die Italiener jetzt vor Erpressungen zittern, die sie zur Freilassung der vier Verhafteten und demnächst vor Gericht Gestellten zwingen könnten. Demokratien bleiben verletzlich – nicht nur sie, wie die Ermordung Sadats und jüngst die Entführung von vier sowjetischen Diplomaten bewies. Auch Mubarak ist vor Volkszorn nicht sicher. Jede Kritik an seinem Verhalten muss das in Rechnung stellen.

Politisch ist der unerwartete Fehlschlag der jordanisch-palästinensischen Mission bei der britischen Regierung mindestens so gravierend wie der tragische «Zwischenfall» auf dem italienischen Schiff, auf dem selbst ein Mindestmass an Sicherheitsvorkehrungen offenbar vernachlässigt worden war. Premierministerin Margret Thatcher hatte sich der amerikanischen Friedensinitiative aktiv anschliessen wollen, doch musste Aussenminister Howe am 14. Oktober die Begegnung mit den Vertretern der PLO absagen und konnte nur die Jordanier empfangen. Es war vorgesehen und offenbar auch abgesprochen, dass die Abgesandten der PLO das Existenzrecht

Israels grundsätzlich bestätigen würden. Mohammed Milhem und Bischof Elias Khoury haben sich aber geweigert, das zu tun. Nun war das Treffen durch die Ereignisse ohnehin arg vorbelastet und hatte zu Protesten insbesondere der jüdischen Bürger geführt. Es wäre dennoch durchgeführt worden, ohne diese unerwartete Zurücknahme einer Abmachung.

Wiederum ist es die Schwierigkeit, wenn nicht Unmöglichkeit der PLO, vom radikalen Flügel der Terroristen loszukommen, um wirklich Politik zu betreiben, die alles beherrscht. Es wird glaubhaft berichtet, dass die beiden PLO-Unterhändler selbst unter Morddrohung standen. Eine solche ist bekanntlich in Lissabon an einem palästinensischen Unterhändler, der zu den «Realisten» gehörte, auch ausgeführt worden.

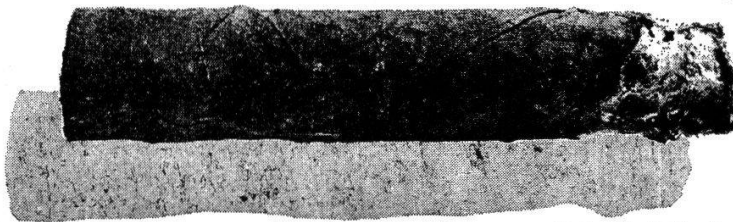
Israel wäre gegenüber einer palästinensischen Organisation, die die Existenz des Staates anerkennen würde, unter Zugzwang. Als Sadat sich zu dieser Anerkennung durchrang, konnte auch Menachim Begin nicht anders, als ein Gebiet zurückzugeben, das räumlich das Dreifache des israel-

lischen Territoriums ausmachte. Ob Arafat nicht staatsmännisch handeln möchte oder ob er es nicht kann, ist in diesem Fall nebensächlich. Bloss Terrorakte ohne eine auch minimale politische Verhandlungsbasis können nur den härtesten Israelis recht sein – also Shimon Peres schwächen, Likud und Kach stärken. Und das Engagement der arabischen Staaten gegenüber den Palästinensern unter der Besetzung oder in der Diaspora bleibt eng begrenzt.

So ist der Nahe Osten – auch abgesehen von allen andern Gegensätzen im Libanon – ebenso entfernt von einer friedlichen Lösung wie der Krieg zwischen Iran und Irak von einem Ende. Die friedliche Koexistenz der Supermächte hat keinen Einfluss auf regionale Krisen, die ihrerseits nicht entscheidend den amerikanisch-sowjetischen Gegensatz spiegeln, sondern ihre eigenen Motive haben. Die ungewohnte sowjetische Solidarität mit dem amerikanischen Zorn über den Mord an Bord der «Achille Lauro» hat diese manchmal vernachlässigte Unterscheidung augenfällig gemacht.

François Bondy

Für alle Freunde der Natur. Die Cigarren und Stumpen von Wuhrmann werden aus guten und naturreinen Übersee-Tabaken mit Liebe für Liebhaber gemacht. Zum Beispiel: **Habana Feu.** Der währschafte Stumpen.



A. Wuhrmann & Cie AG. Cigarrenfabrik Rheinfelden.
Cigarren und Stumpen aus naturreinen Übersee-Tabaken.